

freien Mann zwingt, sich dieser Macht die wieder alles Recht ist, stumm zu beugen.

Wer Stelle wechselt oder sucht, der kann solche nur durch den Arbeitsnachweis erhalten; außer demselben dürfen auch die tarifrenten Firmen keine Arbeitskräfte engagieren. Damit sind alle andere Organisierten ausgeschlossen, - totgemacht. Diese Kranke zwingt alle Kollegen um des täglichen Brotes, der Existenz wegen ihre Heberzeugung zu opfern. Fürwahr ein trauriger Zustand in unserem deutschen Reichstaate! Und dieses Werk haben, damit der Zweck das Mittel heiligt, jene Männer vollbracht, die als Agitatoren für „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zur Masse predigen. Wäre dies nicht so bitter eruft, man könnte ob dieser „Vogel“ lachen. Ein solcher Tarif kann doch absolut nicht von dauerndem Nutzen für die Gehilfenschaft sein, trägt er doch den Meist des Unrechts und der Brutalität in sich. Mehrfache Gehilfen tauchen auch in anderen Berufen, besonders im graph. Gewerbe auf. Da heißt es auf der Hut zu sein und geeignete Maßnahmen treffen, damit die Begehrlichkeit einen Dämpfer bekommt. Dieser Erziehung, wodurch die gesamte Arbeiterchaft bitter Schaden leidet, möchten unsere Volksvertreter erhöhte Aufmerksamkeit zu wenden um das Gemeingefährliche solcher Tarifverträge im Parlament zur Sprache zu bringen. Bei weiteren Ausdehnungen auf diesem Gebiete müssen sich geeignete, gesetzliche Schutzmaßnahmen finden lassen die es, wie wir es bereits in anderen Ländern haben, verhüten können, daß die Gewissens- und Seelensfreiheit der Einzelnen durch rohe Macht erdrückt wird.

Der „freie“ Verband wird es am eigenen Fleische trotz seines triumphierenden Vöckelns über den gelungenen Auszug erfahren, daß er mit diesem Vorgehen keinen guten Schritt gemacht hat und den Fortschritt der freien Bewegung der Arbeiterchaft damit mehr schädigt als nützt.

Ermahnt sei noch, daß die Kupferdrucker, wenn wir die Wirklichkeit hernehmen, im Tarif richtig gefaßt, nicht eingeschlossen sind. Gibt es schon bei den Arbeitgebern der Chemigraphen genug Vertragsforderungen, gegen die die so mächtige Organisation ohnmächtig zu sein scheint so ist es bei den Kupferdruckern nahezu allgemein; die Mehrzahl ist gar nicht eingeschlossen.

Ein Lohn tarif nach dem wie es einheitlich bei den Kupferdruckern eingeführt sein soll, läßt sich nicht ohne empfindliche Schädigung der Gehilfen in der Praxis durchführen. Das muß jeder zugestehen, der diesen Beruf kennt. Damit drückt man dieses Kunsthandwerk zur unentgeltlichen Alltagsarbeit herab. Eines schickt sich nicht für alle!

Der christliche Zentralverband graph. Berufe bedauert diese Mehrheit des Tarifs, die eine Anhebung unserer Gehälter bedeutet auf tieffte im Namen der gesamten rechtlich denkenden Arbeiterchaft und wird mit allen erlaubten Mitteln darnach streben die gefangenen Kollegen zu schütten und zu befreien.

Es ist ein Kampf um das Recht und die Freiheit der Arbeiter selbst, der solange fortbestehen wird, bis die Tyrannei und der Hochmut unserer Gegner durch bessere Einsicht verdrängt wird.

Nur ausstehen christlich organisierte Kollegen im geistigen Ringen; denn wo das Recht ist, da ist auch der Sieg! J. W.

(Zu der angeregten Notiz im Zentralblatt, müssen wir bemerken, daß wir die Klage unseres Münchener Kollegen nicht so ganz deplaziert finden. Hätte das Zentralblatt die Sache gar nicht eingeschritten, dann ja. Aber nachdem man die vernünftigen Ansichten im Bericht über jenen Tarifvertrag hervorhob, hätte man auch wenigstens einige Worte des Tadels für jenen Gewaltakt finden müssen.) (D. R.)

Gewerbliche Friedensdokumente.

VI.

In den Tarifstädten erweckt und schulte das Vertragsverhältnis die gewerkschaftlichen Kräfte, in den übrigen Orten brachte es eine gewisse Festsicherheit in das organisatorische Streben und überall im Reich hob es das Selbstvertrauen der teils noch sehr gedrückten und

aktionsunlustigen Gehilfenschaft. Besonders sei aber noch betont, daß es gerade durch diesen Tarifkampf und die durch ihn erzielten augenfälligen Erfolge gelang, einen sonst in keiner Gewerkschaft erreichten Prozentsatz von Frauen an die Organisation zu fesseln und was noch weit wichtiger ist, dieselben als gleichberechtigte und am großen Tarifwert mitarbeitende Mitglieder in die ihrer gewerblichen Stellung entsprechende organisatorische Arbeitssphäre zu bringen. Ist es schon anerkanntswürdig, daß neben 2170 Gehilfen 207 Arbeiterinnen, darunter 397 verheiratete Frauen, tapfer im Streit ausblieben, so ist dennoch rühmender, daß die organisierten Arbeiterinnen, besonders in Berlin mit rastlosem Bemühen für die Aufrechterhaltung der Abmachungen eintraten. Der Buchbinderverband hat durch die weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterinnen bei den Tarifabschlüssen nicht nur den ersten Schritt zur Befreiung der weiblichen Lohnkämpferinnen; getan, ihm gelang es auch, durch Beteiligung der Frauen am verantwortungsvollen Werk der Tarifüberwachungen der Gewerkschaftsbewegung, welche solange unter der Flatterhaftigkeit der Arbeiterinnen zu leiden hatte, die Lichtseiten des weiblichen Temperaments, Gewissenhaftigkeit, Fähigkeit und Eifer mit nutzbar zu machen.

Daß bei den unter tariflichen Verhältnissen arbeitenden Frauen des Berufs bereits eine sich in dieser Richtung bewegende psychologische Wandlung vor sich geht, beweist der Umstand, daß der „emanzipatorische Ueberwieser“, um einen treffenden Ausdruck der „Buchbinderzeitung“ zu benutzen, ungesund-radikaler Arbeiterinnenführerinnen, welche die Berliner Mädchen gegen die für sie festgesetzten niedrigeren Löhne aufbegehren wollten, dort durchaus keinen Boden fand. Die „Buchbinderzeitung“ schreibt gelegentlich einer Berliner Versammlung, wo vergebens versucht wurde, die Kolleginnen aus dem Rahmen des geordneten gewerkschaftlichen Wirkens zu leiten: „Mit dem Feldgeschrei „Gleicher Lohn für alle“ hätten wir noch keine einzige Kollegin organisiert, da diese Forderung den Stempel des Unerreichbaren an der Stirn trägt und da sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum ernst genommen wird. In der Gewerkschaftspolitik, die auf praktische Erfolge rechnen muß, ist kein Platz für emanzipatorischen Ueberdretel-Taumel, der schon klüngen mag, die nächsten erreichbaren Wünsche aber nicht befriedigt, sondern überhört und beiseite schiebt.“ Zahlen mögen für das wachsende Interesse der Arbeiterinnen an der ihnen sichere Arbeitsverhältnisse verbürgenden Organisation sprechen. Von 1899-1903 hat sich die Zahl der weiblichen Mitglieder von 1448 auf 4557 gehoben, demnach besteht der Verband zu einem Drittel aus Arbeiterinnen. Endlich beweist noch ein flüchtiger Blick auf die Lohnstatistik des Verbandes, wie weit die Tarifgemeinschaft die materielle Lage der Arbeiterchaft des Berufs in den drei Städten gebessert hat. Von 1895 bis 1900 haben sich die Löhne für Gehilfen in Berlin von 18,50 bis 22,50 auf 24 bis 27 Mk., in Stuttgart von 18 bis 20 auf 24,15 Mk. und in Leipzig von 19 bis 24 auf 27,60 Mk. gehoben. In derselben Zeit steigerten sich die Arbeiterinnenlöhne in Berlin von 9 bis 12 auf 12 bis 15 Mk., in Stuttgart von 6 bis 11 auf 11,60 Mk. und in Leipzig von 9 bis 11 auf 10,95 Mk. Die Arbeitszeit sank in Berlin von 60 bis 56 auf 54 Stunden, in Stuttgart von 60 auf 54 Stunden, und in Leipzig von 60 auf 53,3 Stunden.

Die belebende Einwirkung des Dreistädte-Kampfs machte sich schon 1900 bemerkbar. An 30 Orten trat die Gehilfenschaft in Lohn- resp. Tarifbewegungen ein, von denen uns in erster Linie diejenige der Kontobucharbeiter in Berlin interessiert, weil es sich dort um die Festlegung eines in seinen allgemeinen Bestimmungen allerdings unwesentlich vom allgemeinen Tarif abweichenden korporativen Arbeitsvertrags handelt. Außerdem kam es in Erlangen, Altenburg (durch Zammigsbeschluß), Bremen und Gamburg-Altona zur Vereinbarung von mehr oder weniger tarifähnlichen Abmachungen, welche ebenfalls tabellarisch dargestellt sind. Daß alle diese Vereinbarungen noch sehr der Festigung bedürften, ist mehr als erklärlich, und die Kunde von gelegentlichen Tarifbrüchen aus Bremen, Altenburg, Erlangen nfm., sowie die Klagen

über Maßregelungen von den an Lohnbewegungen hervorragend beteiligten Personen sind Angefichts der Neuheit der Verträge und des damit noch herrschenden beiderseitigen Misstrauens nicht eben erstaunlich. Aber auch den Tarifstädten, besonders Berlin und Leipzig, blieben Friedensstörungen nicht ganz erspart, und häufig vorkommende Entlassungen von Vertrauenspersonen der Organisation, ja sogar Mitglidern der Tariffchiedsgerichte, veranlaßten den Vorstand zu einer Interpellation an den Vorsitzenden der Prinzipalsorganisation. Letzterer antwortete, sein Bedauern über die Vorfälle ausdrückend, daß er weder das Recht noch den Willen habe, das Stündigungsrecht der Mitglieder einzuschränken. Es zeigte sich aber im Laufe der Zeit, daß sich derartige Differenzen nicht durch Korrespondenz der Organisationsleiter, sondern lediglich durch Stärkung der beiderseitigen Organisationen, Einbürgerung der Tarifgemeinschaften und Verbeiführung guter Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Ort beseitigen lassen. Später verstimmten die Klagen ganz von selbst. Ernsthafter waren die Kämpfe um die Einsetzung und den Ausbau der Tariffchiedsgerichte. Während in Stuttgart die Bildung eines solchen unversäglichemweise überhaupt unterblieb, und damit beendete wurde, daß sich die Parteien der Bedeutung tariflicher Einrichtungen noch gar nicht bewußt waren, entstanden in Leipzig heisse Kämpfe bei der Ausarbeitung der Geschäftsordnung für das Schiedsgericht. Die Differenzpunkte lagen einerseits darin, daß die Prinzipalität der Institution einen einseitigen Charakter geben wollte, und andererseits in dem arbeitgeberseitigen Bemühen, nur solche Gehilfen zu den Schiedsamtern zuzulassen, welche bei organisierten Prinzipalen arbeiten. Beachtenswert ist besonders im Vergleich zu dem in der Besprechung der Tarifgemeinschaften der Chemigraphen und Sichtdrucker Gesagten, daß die Gehilfen sich gegen diesen Vorschlag verwahren in richtiger Erkenntnis, daß seine Durchföhrung eine, wenn auch vielleicht ungewollte, Monopolisierung der Tarifabschlüsse auf die Organisationsgemeinschaften bedeuten würde. In dem anschließend hierher Meinungsverschiedenheiten an den Hauptvorstand der Prinzipalsvereinigung gerichteten Schreiben des Zentralvorsitzenden der Gehilfenorganisation heißt es: „Die Hauptsache ist doch die Anerkennung der Tarifsetzung . . . da es doch im Interesse von Arbeitgeber und Arbeitnehmer liegen muß, den geschaffenen Tarif möglichst überall zur Anerkennung zu bringen.“ Daraus wurde die freitige Angelegenheit auf Vorschlag der Arbeitgeber dem Gewerbegericht in Leipzig unterbreitet, und eine Vereinbarung getroffen, nach der die Wählbarkeit nur von der Tariftreue, nicht aber von der Organisationszugehörigkeit des Arbeitgebers abhängig gemacht wird. Daß vor den Schranken des gewerbeerichtlichen Einigungsamtes alle der Parität widertreibenden Prinzipalsabsichten fielen, ist selbstverständlich. Es wurde bestimmt, daß abwechselnd der Gehilfen- und der Arbeitgeberseite die Sitzungen resp. die Sitzungen leiten, und wenn eine Einigung nicht erzielt werden kann, der Schiedspruch des Gewerbegerichts maßgebend sein soll.

Hundschau.

Mit unzuverlässigen Mitgliedern einen Streit führen.

Ist das dünnste, was eine Gewerkschaft machen kann. Das hat im letzten Sommer auch der sozialdemokratische Bäckerverband nach dem großen Streit in Berlin erfahren. Der Vorstand des Verbandes schreibt jetzt darüber.

„Es ist unerhört, daß dort von den 420 Mitgliedern beim Streit über 2000, meistens kaum einen Monat dem Verbands angehört, sofort wieder fahnenflüchtig geworden und wieder der früheren Gleichgültigkeit verfallen sind. Diese Enttastungen waren beim Streit zu allein sähig; wäre das zehnfache Eintrittsgeld von ihnen verlangt worden, sie hätten es bezahlt! Aber so wie sich die Wogen des Kampfes gelegt hatten, verfielen sie wieder in ihre alte

Interessenlosigkeit, ließen sich in keiner Versammlung mehr sehen, und dieser gleichgültigen Gesellschaft ist es auch zu verdanken, daß bisher die Junungsmaacher mit ihrem famosen Bonfottabehreßbeschlus immer wieder mit den unlauteren Mitteln zu versuchen wagen, uns die Erfolge des Kleinstkampfes in einzelnen Stadtteilen freitig zu machen! Ehe diese Massen nicht zu denkenden Arbeitern und Klassenbewußten Mittkämpfern erzogen worden sind, werden sie stets ein Genusshuh in unserer Bewegung sein."

Hierzu bemerkt der „Christl. Textilarbeiter.“ Diese Lehre sollten sich auch die christlichen Gewerkschaftler gut merken. Häufig stellen dieselben, nachdem eine Zahlstelle nicht mal ein Jahr existiert, an die Zentralvorstände das ernste Ansuchen, Streiks zu genehmigen. Mit den schönsten Farben wird den Zentralvorständen darzustellen versucht, wie alle Kollegen, auch wenn ein großer Teil davon vielleicht noch keine 15 Wochenbeiträge entrichtet hat, für immer treu und fest am Verband halten werden. Wer jedoch auf gewerkschaftlichem Gebiete Erfahrungen gesammelt hat, gibt auf solche Prophezeiungen nichts, der rechnet auf Grund der gemachten Erfahrungen. Und diese beweisen, daß in der Regel auf Kollegen, die nicht gewerkschaftlich geschult sind, die noch keine Opfer für die Gewerkschaft gebracht haben, kein Verlaß ist. Tausende von Mark Lehrgeld hat auch unser Verband an solche Elemente schon zahlen müssen. Ortsverwaltungen, die vorher hoch und teuer die Zuverlässigkeit der Kollegen darlegten, erklärten nachher: „Ja, das hätten wir niemals gedacht.“ Der Verband ist dadurch aber geschädigt, und die sauer verdienten Groschen der Mitglieder haben die Schmarotzer verschluckt. Nicht eindringlich genug kam daher den Ortsverwaltungen und insbesondere den Ortsverwaltungen nahegelegt werden, bei Streiks vorsichtig zu sein und den Zentralvorstand mit Zummittungen zu versehen, deren Erfüllung dieser nicht verantworten kann.

(Diesen sehr richtigen Ausführungen eines der größten Bruderverbände muß sich jeder ruhig und vernünftig denkender Kollege annehmen. Gewiß wünscht jeder Zentral-Vorstand möglichst viele Erfolge für seine Mitglieder zu erringen, aber die lassen sich eben nicht im Galopp erzwingen, dazu gehört Geduld und zähe Ausdauer.)

Mehring gegen die pfaffenstrenische sozialdemokratische Parteiliteratur.

„Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.“ Darüber hat einst der alte Liebtucht eine Broschüre geschrieben, um die Sozialdemokratie zu feiern als Hort der Wissenschaft. Heute erklärt Genosse Mehring, „es sei zum Händel eingew, was sich alles als „wissenschaftliche“ Parteiliteratur unter dem Schugmantel des „historischen Materialismus“ präferiere. (Leipz. Volkszeitung Nr. 109 und 111 vom 16. Mai 1905.)

Ist das an sich schon ein recht interessantes Eingeständnis, so wird dasselbe noch interessanter, wenn man sich vergegenwärtigt, gegen welche „Werke“ der Parteiliteratur dieser Stößenfänger Mehrings sich richtet.

Hören wir ihn darüber zuerst. In einer Volemit gegen den Genossen Maurenbrecher, der jüngst in einem Vortrag es bitter beklagte, daß die sozialdemokratische Partei im Begriff stehe, einem wissenschaftlich unhaltbaren Aufrührer zu verfallen, schreibt Mehring:

„Gewiß konnte er (Maurenbrecher) sich an diese und jene unerkennliche Erscheinung berufen, so auf die Proschüre Lofinsky's, die vor einigen Jahren erschienen; auch sein berechtigter Spott über die jämmerlichen Kunststücke des alten Pfaffenstreners Corvini sollte wohl eine Anspielung auf das sein, was ein seitdem verstorbenen und sonst vielfach verdienter Genosse im ersten Bande der unseligen Kulturbilder (gemeint ist Rosenow's Subelwerk „Wider die Pfaffenherrschafft“) geleistet hat, in denen wir allerdings eine schwere Gefährdung der historischen und theoretischen Bildung innerhalb der Partei erblicken.“

Das ist ein vernichtendes Urteil über diese Literaturgattung, welche sich noch keinen Millimeter über das Niveau der allgemöhnlichsten Pfaffenstrenerei erhebt; aber damit ist Genosse Maurenbrecher nicht getroffen, wenn er derartige Literatur als Symptome des geistigen Verfalls der Partei betrachtet. Denn die Hauptsache, auf die es ankommt und die Mehring gar nicht berührt, ist die, daß eben der offizielle Parteiverlag „die unseligen Kulturbilder mit ihrer schweren Gefährdung der historischen Bildung in der Partei“ vertreibt und überhaupt ihre Drucklegung ermöglicht hat. Nicht also um eine Privatarbeit

des Genossen Rosenow handelt es sich, sondern um offizielle Parteiverweirheit.

Gewiß hat Genosse Mehring in der „Leipziger Volkszeitung“ seinerzeit gegen den Rosenow'schen Miß Prolet eingelegt und mit ihm das „Hamburger Echo“, aber ändert das etwas an der Tatsache, daß der „Vorwärts“ damals ganz à la Bourgeois, der in Verbreitung schmutziger Literatur seinem Weltgenium nachgeht, auf den Scheitelpunkt gelangt mit dem schmutzigen Genstände: „S'ist zwar schenktlicher Schmutz, aber Geld gib's doch!“ Ändert das etwas an der weiteren Tatsache, daß die ganze Parteipresse die Kellerei für diesen Schmutz besorgt hat und heute noch besorgt, wie auch heute noch die Parteibuchhandlung denselben fleißig empfindet?

Wohl hat auch Genosse Mehring, die Lofinsky'schen Broschüren als östlich wertloses Zeug charakterisiert, aber was soll das gegen die Tatsache, daß die offizielle Parteibuchhandlung dieses wertlose Zeug nach wie vor den Genossen wacker empfindet und ihnen ihre Groschen damit abknüpft.

Deshalb ist auch Genosse Maurenbrecher im Rechte, wenn er meint, die Partei fände erst im Begriff, einem wissenschaftlich unhaltbaren Aufrührer zu verfallen. Sie ist das schon längst, und Mehring, der den Genossen die alten Bauer'schen und Strauß'schen Coangelienentwürfe aufschwanz als Ergebnisse theologischer Fälschung und Wissenschaft, hat dazu selbst redlich mitgeholfen. Während er über andere „Wissenschaft“ die Hände ringt, können diese bei der feigenen es ebenso machen.

Ja, ja, die Partei der „Wissenschaft“ akkredit dem Mäuselingsling, von dem Barnabab singt:

„Bereits als Kind von wenig Tagen
Bogam er Bücher zu betragen.“

Daß er sich durch den Brockhaus jagt,
Das war dem Knaben nur ein Zaß.“

So hat sich die Partei der Wissenschaft durch die Wissenschaften hindurch geböhrt, so sehr, daß sie längst auf der anderen Seite ins blaue Nichts geraten ist.

Verschiedenes.

Die Breslauer Klassenbewußten Buchbinder haben gezeigt, was es heißt treu zur Fahne zu halten. In einer geharnischten Resolution sprechen sie ihre tiefste Enttäuschung aus über die Redaktion ihrer Buchbinderzeitung. Und warum? Hat keine Maifer-Artikel gebracht. Zwar hatte die Zeitung ein Gedicht zu dem Tage gebracht aber das genügte den Unentwegten nicht, zu einem solchen hochwichtigen Tage muß gehörig das Kalbfell geklappt werden. Keine Buchbinderzeitung, es ist halt schwer auf zwei Schultern zu tragen. Die Buchbinder in Breslau aber wollten zeigen, daß sie die Bedeutung des Tages erkannt hatten und feierten, nein bitte, und arbeiteten am 1. Mai.

Die deutschen Buchbinder haben sich auch einmal wieder mit unserem Verband beschäftigen müssen. Auf der Hauptversammlung des Gau Rheinland-Westfalen in Essen, erhaltete Gauverwalter Grafmann Bericht und führte u. a. aus: „Eine nicht zu unterschätzende Gefahr bilde die seit kurzer Zeit aufgetauchte „christliche“ Unterdrückung. In einer ganzen Reihe von Städten seien Filialen des „Verbandes christlicher graphischer Arbeiter“ ins Leben gerufen worden; dem Geiste nach Kapetung unserer Kollegen mußte man von jener Seite erwarten — die Tranben hängen zu hoch. Aber andererseits hätten Mitglieder sich bereit gefunden, gewerkschaftliche Zersplitterungsarbeit zu verrichten, indem sie in anderen Versen für die „christliche“ Organisationsform agitierten. Die Fälle Kleeber-Köln und Bredemann-Essen seien nicht als Einzelerfahrungen aufzufassen, sondern als Symptome einer auch gegen uns gerichteten planvollen Ministerarbeit. Anderer Vorkommnisse befristeten diese Wahrnehmung. Redner streifte sodann einen Vorfall in Köln, wonach dort der Beschluß auf Erhebung einer obligatorischen Extratreuer gefaßt wurde, um den Kaufsunds des dortigen Gewerkschaftshauses zu stärken. Gegen diesen Beschluß legte eine Anzahl Kölner Mitglieder Beschwerde beim Verbands- und Gauvorstand ein. Nach Lage der Sache sei dem Kölner Ortsvereine aufgegeben worden, den gefaßten Beschluß aufzuheben und statt der obligatorischen eine freiwillige Extratreuer einzuführen. Die Angelegenheit solle ihrer prinzipiellen Wichtigkeit wegen auf der Generalversammlung zur Sprache gebracht werden. Zum Schlusse ermahnte Redner, bei Renaufnahmen Vorsicht walten zu lassen und für intensive gewerkschaftliche Erziehung (s. r. sozialdemokratisch D. R.) der Neugewinnenen sowie für Hebung der technischen und Allgemeinbildung der Mitglieder zu sorgen. Gleichzeitig gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß die Dresdener Generalversammlung der schon lange empfundenen Notwendigkeit der Kompetenz-erweiterung der Gauvorstände Rechnung tragen werde.“

Das wäre ja auch noch schöner, daß man uns neutraler Verband nicht das Recht haben sollte, seine christlichen Mitglieder zu zwingen, für sozialdemokratische Zwecke Beiträge zu leisten.

Aus den Zahlstellen.

Waldsich 1. Baden. Am 14. Mai besuchten uns unsere Nachbarkollegen von Freiburg und veranstalteten mit uns die diesjährige Besuche eine Familienunterhaltung im Saale des Gasthauses zum Kreuzhof. Die Freiburger Kol. waren etwa 50 Personen mit ihren Familienangehörigen erschienen. Nach die indifferenten Reden von Waldsich hatten zu unserer Freude der Einladung Folge geleistet. Unser Vorl. Kol. Bürger, begrüßte zunächst die Freiburger Kol. und gab seiner Freude Ausdruck, daß die Freiburger in so herrlicher Anzahl gekommen waren, ganz besonders aber, daß wir unsere Vertreter für Baden und Elßig Kol. Mainz begrüßen konnten. Sodann erseute uns Kol. Meier mit einem längeren Vortrage, indem er den Zweck der Organisation und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der christl. Arbeiter betonte. Zum Schlusse richtete er einen warmen Appell an diejenigen, die noch unsern Verband fernsehen und schloß seine schönen Worte mit einem „Gott“ auf die christl. Gewerkschaften. Ebenso sprachen noch Kol. Felder Vorl. der Freiburger Zahlstelle und Vorl. der christlichen Holzarbeiter der Zahlst. Waldsich-Köllmann, Kol. Schöngel. Einige Freiburger Zitherspieler trugen durch ihre vortrefflichen Leistungen besonders zur Verschönerung des Abends bei und erneten wohlverdienten fröhlichen Beifall. Die Zwischenpausen wurden durch sonstige Vorträge ausgefüllt, und nur zu schnell farr die Zeit, wo wir uns wieder verabschieden mußten. Von den mitgewanderten Kollegen aber hoffen wir, daß sie das Gebührende beherzigen, sich endlich ihrer Pflicht bewußt werden und sich unserer Zahlstelle anschließen. Den Freiburger Kollegen rufen wir zu: Auf Wiedersehen in Freiburg!

Barnten. Gegen die Bestimmungen der Gemeindeordnung hatte der Buchbindermeister D. A. Bientmann geklagt. Bei einer Revision fand der Gewerkschaftssekretär Dr. Glühmann, daß der Meiderbacher überfüllt war, die Buchbinderzeitung nicht mit Seife versehen und daß der Expedient nicht täglich, wie es vorgeschrieben ist, besucht wurde, auch waren die Bundesratsverordnungen nicht in der vorgeschriebenen Weise angebracht. Es wurde für jede Uebertretung die geringste Strafe von 3 Mark, im ganzen 12 Mark Geldstrafe festgesetzt. Der mitangeklagte Faktor Wa. wurde freigesprochen, weil er mit der Uebervachung der Befolgung dieser Vorschriften nichts zu tun hatte. Diese Firma ist Verlegerin des amtlichen Kreisblattes für Barnten und stellt einen großen Teil städtischer Druckarbeiten her. Sie hat zu wiederholten Malen durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie ein Feind jeder Arbeiterorganisation ist.

Das christl. Gewerkschaftsstatut hat vor kurzem eine Eingabe an den Herrn Oberbürgermeister und die Stadtverordneten-Versammlung gemacht, „es möchte darauf hingewirkt werden, daß in den Gewerben, die bei Ausführung städtischer Arbeiten in Betracht kommen, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Tarifverträge abgeschlossen werden, die bei Vergebung der städtischen Aufträge maßgebend sind.“ Als Begründung dieser Eingabe diente folgendes:

1. Die Tarifverträge regeln unter Anerkennung der Gleichberechtigung der beiden vertragschließenden Teile die Lohn- und Arbeitsbedingungen des betreffenden Gewerbes;

2. sie dienen dem gewerblichen Frieden, indem Streiks und Arbeitskämpfe vorgebeugt wird;

3. durch sie wird eine das Geschäftsleben fördernde Ständigkeit herbeigeführt;

4. sie erleichtern die Schmutzkonturrenz bei Vergebung städtischer Arbeiten und gewähren in gleicher Weise der Kommune wie auch den Unternehmern und den bei ihnen beschäftigten Arbeitern Nutzen. Ein solcher Tarifvertrag ist füglich unter tätiger Mithilfe des Herrn Oberbürgermeisters zweigeteilt in Essen abgeschlossen worden und am 11. April in Kraft getreten. Die Stadtverwaltung Essen vergibt nur an solche Unternehmer die städt. Arbeiten, welche der Tarifvereinbarung beigetreten sind, und will, so vorbildlich wirken für Vergebung der Arbeitsaufträge von privater Seite. Auch die Staatsregierungen stehen den Tarifverträgen freundschaftlich gegenüber, was sich ergibt aus der Anordnung der Reichsverwaltung und des bayerischen Staatsministers, Druckaufträge nur an tariffreie Druckereien zu vergeben.

Es wird nun eine Kommission gebildet werden, die unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters über diese Sache weiter verhandelt. In diesen Verhandlungen werden auch die freien Gewerkschaften eingeladen. Bei einer Besprechung, die eine maßgebende Persönlichkeit unserer Stadtverwaltung mit einem Mitgliede unseres Verbandes, zwecks Orientierung über diese Eingabe hatte, kam man u. a. auch auf die Firma D. B. W. zu sprechen. Darnach erfahren wir, daß genannte Firma der Stadtverwaltung gegenüber behauptet, daß ihre Arbeiter sich besser händen, als dies bei mancher anderen Firma der Fall sei. Diese Behauptung wird durch obige Tarifvereinbarung in das beste Licht gerückt. Es wäre wirklich zu wünschen, daß genannte Firma und mit ihr manche Andere, durch einen von der Stadtverwaltung auszuübenden Druck dahin gebracht würde, daß sie den Arbeiterorganisationen gegenüber eine wohlwollendere Haltung einnimmt als es bisher der Fall war.

Barnten. Der Besuch unserer Mitgliederversammlung am 3. Juni war zufriedenstellend. Unser 1. Vorl. Kol. Verchenbad, hielt ein Referat über den korporativen Arbeitsvertrag. Redner führte folgendes aus: Nach § 108 der Gewerbeordnung unterliegt die Regelung des Arbeitsverhältnisses der freien Vereinbarung. Bei diesem freien Arbeitsvertrag ist der Arbeiter stets der schwächere Teil. Deshalb ging man mit dem Aufstehen der Arbeiterorganisationen zum korporativen Arbeitsvertrag

